AKTUELLER FOKUS

Kolumbien: Auf Umwegen zum Frieden

Die Ablehnung des ersten Friedensvertrags zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla in einer Volksabstimmung am 2. Oktober 2016 hat die Welt überrascht. Weniger als zwei Monate später wurde nach Nachverhandlungen ein überarbeiteter Vertrag unterzeichnet.

Alles war schon bereit für die große Friedensfeier in Kolumbien. Nach 52 Jahren bewaffneten Konflikts zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla, nach vier Jahren schwieriger Verhandlungen unter internationaler Begleitung und nach harten politischen Diskussionen stand endlich ein Friedensvertrag. Nicht nur irgendein Stück Papier, sondern ein Vertrag, der strukturelle Veränderungen für zentrale Probleme des Landes festschrieb und so zumindest die Chance bot, nicht nur die Waffen zum Schweigen zu bringen, sondern auch die gesellschaftlichen Übel anzupacken, die den Konflikt begründeten. Ein Vertrag, der die Anliegen von Opfern des Konflikts und eine Geschlechterperspektive berücksichtigte; und ein Vertrag, der auf eine überwältigende Zustimmung der internationalen Gemeinschaft traf. In der Volksabstimmung vom 2. Oktober 2016 entschied sich dennoch eine hauchdünne Mehrheit der Kolumbianer_innen zunächst gegen diese Chance und lehnte das Friedensabkommen in der ersten Form ab.

Die politisch schon abgeschriebenen und ebenfalls überraschten siegreichen Gegner_innen des Friedensabkommens wurden gestärkt und bekräftigten ihre Kritik. Es triumphierten vorerst vor allem diejenigen, die die Behandlung der Ex-Guerilleras/os als zu sanft darstellten. Dabei hatte gerade die Bevölkerung in den Gebieten, die am stärksten von dem Konflikt zwischen Regierung und FARC betroffen waren, mehrheitlich für das Abkommen gestimmt. In den Regionen, die nicht oder lange nicht mehr vom Konflikt betroffen sind, entschieden sich hingegen viele für eine Ablehnung. Viele der Befürworter_innen des Abkommens stellten sich nach dem gescheiterten Referendum daher verzweifelt die Frage: Wenn die Opfer des Krieges verzeihen und in die Zukunft blicken können, warum dann nicht auch der Rest der Gesellschaft?

Nach dem gescheiterten Referendum werben die Verfechter des Friedensvertrags mit noch größerem Engagement für ihre Überzeugung. © Thomas Keil

Durch das Ergebnis der Volksabstimmung hatten sich die Kolumbianer_innen – viele beeinflusst von Halb- und Unwahrheiten – zunächst einer großen Gelegenheit beraubt. Dies machte einen Umweg über Nachverhandlungen nötig. Der beiderseitige Waffenstillstand als wichtigste Errungenschaft des bisherigen Verhandlungsprozesses konnte im Anschluss an die Abstimmung aufgrund der insgesamt besonnenen Reaktionen von Regierung und FARC glücklicherweise aufrechterhalten werden. Auch in der Bevölkerung und der organisierten Zivilgesellschaft hielt kein Defätismus Einzug, sondern der unbedingte Wille, den Friedensprozess zu retten. Nach anfänglicher Ungewissheit begannen relativ zügig die Dialoge zwischen den Verhandlungsparteien und Vertreter_innen der »Nein«-Kampagne. Am 12. November 2016 wurde ein neuer Vertrag präsentiert, der einige klare Zugeständnisse an die Kritiker_innen

macht und etwa die Strafen im Rahmen der Übergangsjustiz präzisiert. Ihre Blockadehaltung gaben die wichtigsten Köpfe des »Nein« jedoch nicht auf und nun wird das Vertragswerk ohne ihre Zustimmung im Parlament beschlossen.

Auch mit einem Friedensabkommen gibt es weiterhin viele Probleme und Herausforderungen für Kolumbien, beispielweise weitere bewaffnete, illegale Gruppen sowie die mäßigen wirtschaftlichen Perspektiven. Diese Faktoren erschweren die Verwirklichung von Reformen, die die Konfliktursachen beheben sollen. Die Beilegung des Konflikts mit den FARC ist ein zentrales Element für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Kolumbien.

Die Arbeit für ein verhandeltes Ende des bewaffneten Konflikts ist einer der wichtigsten Schwerpunkte in der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Land. Durch politische Beratung und Bildung sowie die Schaffung von Plattformen zur Diskussion von Lösungswegen stärkt sie diejenigen Akteure, die sich für ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen und das Schaffen eines nachhaltigen und dauerhaften Friedens engagieren. Mit der Verleihung von Friedens- und Menschenrechtspreisen in Kolumbien und Deutschland trug die FES zudem dazu bei, vermehrte Aufmerksamkeit für den kolumbianischen Konflikt und die vielen mutigen und kreativen Initiativen zu seiner Lösung zu schaffen. Der Verhandlungsprozess wurde von einer Vielzahl von Veranstaltungen der Stiftung begleitet – auch um die großen Herausforderungen zu analysieren, die bei der Umsetzung des Friedensabkommens zu bewältigen sein werden.

Als politische Stiftung hat die FES sich klar für einen Friedensschluss mit den FARC ausgesprochen. Die Tatsachen, dass kein breiter politischer Konsens gefunden werden konnte und dass das neue Abkommen dieses Mal im Parlament nach der Ablehnung durch eine Volksabstimmung verabschiedet wird, werden Hypotheken für die ohnehin stark polarisierte politische Auseinandersetzung um den Friedensprozess sein. In der schwierigen Zeit einer Umsetzung und Sicherung von erreichten Fortschritten wird die FES durch ihre Arbeit die progressiven Kräfte weiter darin unterstützen, breite Bündnisse für den Frieden zu schmieden und die Schaffung eines nachhaltigen Friedens zu fördern.

Thomas Keil, Projektassistent in der Friedrich-Ebert-Stiftung Kolumbien